

DEBATTE

ALFRED TRENDL
über Einsparungsmaßnahmen
zulasten von Familien.



Ein familienpolitischer Skandal

Österreich als familienfreundlichstes Land Europas, familienfreundliche Unternehmen, glückliche Kinder und Eltern – beliebte Schlagwörter und erklärtes Ziel unserer Politik und Wirtschaft. Leider hört die Begeisterung auf, sobald diese Familienfreundlichkeit Geld kostet.

Anstatt Familien zu schätzen und für finanzielle Gerechtigkeit zu sorgen, gehen Sozialpartner und manche Politiker sogar noch in die entgegengesetzte Richtung: Statt mehr Geld für Familien zu fordern, sparen sie bei den Familien!

„Senkung der Lohnnebenkosten durch die Reduzierung der Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds“ heißt der sperrige Terminus in der Fachsprache. Auf Kosten der Familien soll die Wirtschaft gestärkt werden!

„Anstatt für finanzielle Gerechtigkeit für Familien zu sorgen, gehen Sozialpartner und Politiker in die Gegenrichtung.“

Denn der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) ist das Herzstück der österreichischen Familienpolitik. Aus ihm werden zentrale Familienleistungen wie Familienbeihilfe oder Kinderbetreuungsgeld genauso finanziert wie Schulbücher oder Schülerfreifahrten. Wird in diesen Fonds weniger eingezahlt, kann daraus für Familien weniger finanziert werden – eine Milchmädchenrechnung.

An Zynismus kaum zu überbieten ist die Begründung für diesen Vorschlag: Der Fonds erziele Überschüsse und werde in Kürze schuldenfrei sein. Der Grund für diese positive Performance ist

ein knallhartes Sparprogramm für Familien: Familienleistungen werden nicht regelmäßig an die Inflation angepasst: Die Familienbeihilfe wurde im Vorjahr erstmals seit 14 Jahren (!) um vier Prozent erhöht, Eltern, die als Kinderbetreuungsgeld eine Pauschalvariante wählen, müssen seit über dreizehn Jahren mit demselben Betrag auskommen. Für Löhne oder Pensionen undenkbar, ist diese Benachteiligung für Familien tägliche Realität! Werden nun künftig die Dienstgeberbeiträge gesenkt, würde das für die Familien auf unbestimmte Zeit heißen: „Bitte warten, wir haben leider kein Geld im FLAF!“

Die Diskussion um diese Maßnahme wird zeigen, wie familienfreundlich Österreich und seine Politik sind. Verwunderlich ist, dass der große Aufschrei bislang ausblieb: Weder eine politische Partei noch eine andere Interessensvertretung hat bis dato dagegen protestiert. Es scheint, als sollte diese für Familien schmerzhafteste Maßnahme sang- und klanglos ohne umfassende Diskussionen durchgewunken werden.

Wenn die Lohnnebenkostensenkung tatsächlich neue Arbeitsplätze bringt, muss der Finanzminister die ausreichende Dotierung des Fonds eben anders garantieren. Aber davon war in den Budgetreden leider nichts zu hören. Um schöne Worte können sich Familien nichts kaufen, es braucht echte, vor allem auch finanzielle Generationengerechtigkeit.

Alfred Trendl ist Präsident des katholischen Familienverbandes Österreich